

220 Plätze: Wer bauen will, hat zurzeit die Qual der Wahl

Ausschuss begrenzt Bauland-Ausweisung / Stübke: Erst erschlossene Gebiete auffüllen / „Twegte“: Keine weiteren Plätze

Obernkirchen (sig). Die Bergstadt möchte gern weiter wachsen und begrüßt speziell den Zuzug junger Familien, die ihren Lebensmittelpunkt nach Obernkirchen verlegen wollen. Nach Aussage des Ratsmitgliedes Thomas Stübke (Bündnis '90/Grüne) in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) enthält das aktualisierte Baulücken-Kataster zurzeit 220 Bauplätze. Davon befinden sich allein 17 im Bereich des neuen Siedlungsgebietes „Beckmarhau“.

Das bedeutet für Bauwillige: Sie haben eine ausreichend große Auswahl, um einen geeigneten Standort zu finden. Deshalb lösen Anträge, zusätzlich neues Bauland auszuweisen, nicht in allen Fällen und vor allem nicht vorbehaltlos Zustimmung bei der Verwaltung und bei den Ratsmitgliedern aus.

Während der Fraktionssprecher Wilhelm Mevert für die SDP-Fraktion die Ausweisung neuer Bauflächen vom Grundsatz her begrüßte, sprach Thomas Stübke von der Gruppe „Mitte“ davon, dass man im Rahmen der Zukunftswerkstatt Prioritäten entwickelt habe. Es sei sinnvoll, die teilweise bereits erschlossenen Gebiete zunächst aufzufüllen. Wenn ein Antragsteller allerdings bereit sei, die Erschließung selbst zu finanzieren, könne man auch über solche zusätzlichen Planungen reden.

Recht kritisch nahm der Ausschuss bei seiner letzten Zusammenkunft mehrere Anfragen und Anträge, die nicht nur den engeren Stadtbereich betreffen, unter die Lupe. So wurde nicht der Bitte eines Anliegers entsprochen, der im Bereich der „Twegte“ weiteres Bauland anbieten will.

Die „Twegte“ sei ein Hauptwanderweg mit besonders schützenswerten Ruhe- und Gartenzonen. Eine weitere Verdichtung sei hier nicht wünschenswert. Die Gruppe „Mitte“ schloss sich deshalb dem Vorschlag der Verwaltung an, hier keine weitere Bebauung zuzulassen.

Zurückgestellt wurde der Antrag, eine weitere Bebauung an der Straße „An den Fuchslöchern“ zuzulassen.

Zu diesem Vorhaben habe es, so Stübke, massive Proteste von Anliegern und Grundstücksbesitzern gegeben, auch aus dem Bereich von „Bornemanns Tannen“. SPD-Fraktionschef Wilhelm Mevert empfahl, diese Planung im Zusammenhang mit der Zukunft der ehemaligen Harden-Kaserne zu sehen. Deshalb sollte man erst einmal die weitere Entwicklung abwarten. Dieser Meinung schloss sich auch Bürgermeister Horst Sassenberg an.

Auf Beschluss des ASU durfte ein Bauinteressent für den Bereich an der Straße „Zum Stiftswald“ seine Vorstellungen entwickeln. Das avisierte Grundstück ist Brachland und wird zeitweise vom städtischen Bauhof zum Zwischenlagern von Mutterboden genutzt. Die Verwaltung bezeichnet diese Absicht als „äußerst problematisch“. Die zu überplanende Fläche würde in die freie Landschaft vordringen, umgrenze das Gerätehaus und die Übungswiese der Feuerwehr und liege 50 Meter von der Eisenbahnstrecke entfernt. Eine solche Maßnahme berge von Anfang an Konfliktpotential.

Während Dr. Konrad Bögel die Auffassung vertrat, dass zumindest die selten befahrene Bahnlinie kein Hinderungsgrund sei, entgegnete Thomas Stübke, dass sich hier neben dem Gütertransport durchaus auch wieder eine größere Nutzung für den Personenverkehr in Richtung Rinteln-Hamelndörne ergeben könne.

Am Ende der Diskussion war eine knappe Mehrheit des Ausschusses dafür, dass der Bauinteressent zumindest einmal eine Kostenberechnung für sein Vorhaben erstellen könnte. Er muss jedoch die Ausgaben der Erschließung auf seine Kappe nehmen. Die endgültige Entscheidung über eine Genehmigung dieses Vorhabens wurde jedoch noch zurückgestellt.